

Wahlkampfbericht Nr. 2

Die Ukraine vor der Wahl – Koalitionsspekulationen und Wahlprogramme

von Ralf Wachsmuth und André Drewelowsky, Außenstelle Kiew
Kiew, 13. März 2006

Die ukrainischen Parlamentswahlen am 26. März rücken unaufhaltsam näher. Inzwischen hat die „heiße Phase“ des Wahlkampfes begonnen – keine Radio- oder Fernsehsendung mehr ohne Werbespots, kein öffentlicher Platz mehr ohne Wahlplakate, keine Ortschaft ohne Zelte der um Wählerstimmen werbenden Parteien und Wahlbündnisse. Der 10. März war der letzte Tag, an dem gemäß ukrainischem Wahlgesetz Umfrageergebnisse veröffentlicht werden durften. Die jüngsten Wahlumfragen sehen Viktor Janukowytsch mit seiner „Partei der Regionen“ weiterhin vorn (fast 33% Stimmenanteil laut März-Umfragen, siehe Anhang), gefolgt vom Wahlbündnis „Nascha Ukraina“ (rund 18%, Spitzenkandidat: Premierminister Jurij Jechanurow) und dem „Block Julia Timoschenko“ (BJUT, knapp 16%). Chancen auf einen Einzug ins Parlament haben außerdem die Sozialisten unter Moros (5,8%), Simonenkos Kommunisten (4,4%) und der Block Lytwyn (3,7%), der sich selbst als „Vermittler zwischen Orange und Blau“ darstellt. Das Wahlbündnis „Pora/Reformen und Ordnung“, das zum „orangenen Lager“ zählt (Spitzenkandidat: Ex-Boxweltmeister Vitalij Klitschko), und das Russland zugewandte Bündnis „Volksopposition“ von Natalja Witrenko liegen mit jeweils 2,9% knapp unter der 3%-Hürde – dennoch verlieren sie nicht die Hoffnung, auch ins Parlament einzuziehen. Zur Frage, um welchen programmatischen Kern sich bei einer derartigen Kräfteverteilung eine künftige Regierungskoalition bilden könnte und welchen Kurs die Ukraine nach dem 26. März einschlagen wird, gibt es wilde Spekulationen. Wird es eine „Koalition der Antipoden“ geben (Partei der Regionen / Nascha Ukraina) oder sogar eine Koalition „Alle gegen Juschtschenko“ (Partei der Regionen / Block Julia Timoschenko)? Oder kommt – nach den jüngsten Annäherungsversuchen – doch noch einmal eine „orangene Koalition“ (Nascha Ukraina / Sozialisten / Block Julia Timoschenko) zustande?

Wer kann mit wem?

Am 21. Februar ging die Meldung über die Nachrichtenagenturen, Viktor Juschtschenko und Julia Timoschenko, die seit der Entlassung der ersten „orangenen Regierung“ Anfang September 2005 als politische Feinde gelten, würden in wenigen Tagen eine Koalitionsvereinbarung unterzeichnen und auf diese Weise das „orangene Lager“ kurz vor der Parlamentswahl wieder vereinen. Im Grunde genommen liegt die Notwendigkeit eines Schulterschlusses auf der Hand: Auch wenn sich die Umfrageergebnisse gerade für Nascha Ukraina ein wenig verbessert haben, besteht noch immer die Gefahr, dass die Partei der Regionen mehr Stimmen auf sich vereint als Nascha Ukraina und BJUT zusammen (siehe Wahlkampfbericht Nr. 1). Schätzungen besagen, dass etwa 20% der einstigen Wähler des orangenen Lagers bislang nicht wissen, welche Partei oder welches Bündnis sie wählen sollen – sie würden gern, wie auch während der Präsidentschaftswahl 2004, für ein „vereintes Orange“ stimmen. Das Signal einer – wenn auch nur formellen – Übereinkunft zwischen Juschtschenko und Timoschenko könnte diese Wählerstimmen noch kurzfristig retten. Doch bis heute ist keine Kooperationsvereinbarung unterschrieben worden. Die Koalitionsbedingungen Timoschenkos – sie fordert nicht nur eine Annullierung des Gasabkommens mit Moskau, sondern auch erneut den Premierministerposten für sich – sind zu weitreichend, als dass sie zu einem Kompromiss mit dem Wahlbündnis Nascha Ukraina führen könnten. Julia Timoschenko pokert mit sehr hohem Einsatz. Rein rechnerisch hätte eine orangene Koalition zwischen Nascha Ukraina, BJUT und

Sozialisten bislang keine Parlamentsmehrheit – die „drei Orangen“ kämen nach KAS-Berechnungen (basierend auf drei März-Umfragen) auf nur 222 Sitze in der Werchowna Rada (drei Sitze weniger als nötig). In diesem Falle könnte der Block Lytwyn als „Zünglein an der Waage“ in Erscheinung treten. Doch es ist äußerst fraglich, ob sich Nascha Ukraina auf eine Wiederholung des „Experiments Timoschenko“ einlassen würde. Man wäre mit dieser Parteienkonstellation genau dort wieder angelangt, wo man im September letzten Jahres mit einem lauten Knall nach einer wenig überzeugenden Politik auseinander gegangen war. Die vergangenen Monate seit dem Amtsantritt von Jechanurow haben gezeigt: es geht auch ohne Julia Timoschenko.

Mit wem könnte BJUT noch zusammengehen? Eine Koalition mit dem einstigen Juschtschenko-Gegner Janukowytsch könnte sich auf eine ausreichende Parlamentsmehrheit (nach unseren Berechnungen 271 Sitze) stützen, doch Frau Timoschenko schließt eine Regierungszusammenarbeit mit den „Blauen“ nach wie vor kategorisch aus, da sie die Errungenschaften des Majdan endgültig in Frage stellen und ihr Ansehen und ihre Glaubwürdigkeit in der Bevölkerung stark beschädigen würde. Dennoch kursieren Gerüchte über erste Koalitionssondierungen.

Die zukünftige Wirtschaftspolitik: zentrales Thema nach den Wahlen

Erste zarte Annäherungsversuche sollen auch zwischen der Partei der Regionen und Nascha Ukraina stattgefunden haben. Eine „Koalition der Antipoden“, also der einst verfeindeten Lager um die Galionsfiguren Juschtschenko und Janukowytsch, scheint zwar auf den ersten Blick absurd, da beide Seiten zumindest außenpolitisch und in der Sprachenpolitik entgegengesetzte Kurse fahren – Nascha Ukraina strebt einen WTO-, NATO- und EU-Beitritt an, während die Partei der Regionen für einen „blockfreien Status“ eintritt, die Schaffung des Einheitlichen Wirtschaftsraums mit Russland, Belarus und Kasachstan als Alternative zu einer auf absehbare Zeit nicht realisierbare Mitgliedschaft in der Europäischen Union als realistische Option ansieht und die Durchführung eines Referendums gegen einen NATO-Beitritt befürwortet, das zur Zeit mit Sicherheit eine breite Zustimmung erfahren würde.

Doch zahlreiche Experten schließen eine blau-orangene Koalitionsvariante nicht aus. Auf einen gemeinsamen Wirtschaftskurs könnten sich die Partei der Regionen und Nascha Ukraina sicher einigen – denn wenn es um die Verquickung von wirtschaftlichen und politischen Interessen geht, stehen sich blau und orange in nichts nach. Beide Seiten versprechen in ihren Programmen die Förderung von Investitionen insbesondere in zukunftsorientierte Technologien, mehr Freiheit für Unternehmer, ein höheres Wirtschaftswachstum, Steuersenkungen und Lohnsteigerungen. Nascha Ukraina fände mit der Partei der Regionen gewiss mehr verbindende Themen für eine Erfolg versprechende Wirtschaftspolitik als mit dem Block Julia Timoschenko, der nicht nur die erwähnte Annullierung des Gasabkommens mit Moskau, sondern auch einen scharfen Reprivatisierungskurs (u.a. dieser Kurs brachte Frau Timoschenko schon einmal um den Premierministerposten) und eine Abschaffung der Mehrwertsteuer fordert. Viel näher als dem Wahlbündnis Nascha Ukraina und der Partei der Regionen steht BJUT wirtschaftspolitisch gesehen den Sozialisten, die dem Staat eine größere Rolle im Marktgeschehen einräumen wollen, und punktuell sogar den Kommunisten, die sich ebenfalls die Abschaffung der Mehrwertsteuer auf ihre Fahnen geschrieben haben. Auch Timoschenkos Wahlspruch „Gerechtigkeit existiert. Es lohnt sich, für sie zu kämpfen“ lässt eine eher sozialdemokratische Grundhaltung nicht verkennen.

Wenn nach der Wahl entschieden werden muss, welches Thema für die Koalitionsbildung ausschlaggebend wird, so dürfte die Wahl wohl eher auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik als auf die Außenpolitik fallen. Denn der künftige Wirtschaftskurs der Ukraine ist entscheidend für die Entwicklung des Landes. Die Partei der Regionen ist auf wirtschaftspolitischer Ebene längst nicht mehr so anti-westlich eingestellt, wie ihr vielfach nachgesagt wird und wie sie sich auf außenpolitischer Ebene noch immer darstellt. So hat der Milliardär Rinat Achmetow, der nicht nur als Chef der Finanzgesellschaft „System Capital Management“ (SCM) die ostukrainische Stahlindustrie kontrolliert, sondern auch als Nummer 7 auf der Wahlliste der Partei der Regionen steht und als ihr eigentlicher Kopf angesehen wird, erkannt, dass er (und mit ihm seine Partei) sich westlichen Märkten und Technologien zuwenden muss, um künftig wirtschaftlichen Erfolg zu haben. Von einer streng Moskau-freundlichen Partei zu sprechen, einer Art „russischem trojanischen Pferd“, passt vielleicht in ein bestimmtes Wunschbild, stimmt aber nur bedingt mit der Wirklichkeit überein. Auch den Wirtschaftsbossen des Ostens – allen voran Pintschuk – ist nicht entgangen, dass sich die Ukraine in Richtung Westen öffnen und belastbare Rahmenbedingungen für westliche Investitionen schaffen muss, wenn das Land auf Dauer im Chor der wohlhabenden europäischen Industrienationen mitsingen will. Darüber hinaus stimmt der zunehmende russische Einfluss die ukrainische Geschäftswelt nachdenklich.

Eine Wirtschaftspolitik ohne die Einbindung der Partei der Regionen oder gar gegen sie dürfte problematisch werden. Die Partei der Regionen wird in den industriestarken Oblasten Donezk und Luhansk ohne Mühe zwischen 75 und 85 Prozent der Wählerstimmen auch ohne Manipulationen auf sich vereinigen (82,6% Stimmenanteil im Donbass nach einer Umfrage des Fonds „Demokratische Initiativen“). Das bedeutet, dass auch in den regionalen Regierungen und den Stadtparlamenten Nascha Ukraina, BJUT und die Sozialisten keine Rolle spielen werden. Die Erkenntnis, dass im Osten für Nascha Ukraina außer Frust nicht viel zu holen ist, mag eine Erklärung für die deutliche Zurückhaltung sein, mit der Nascha Ukraina dort Wahlkampf betreibt. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass dort eine Art inoffizieller „Nichtangriffspakt“ geschlossen worden ist und dass man sich irgendwie „arrangiert“. Die wirtschaftliche Zukunft des Landes wird sich im „Ruhrgebiet“ der Ukraine entscheiden, also in Donezk und Luhansk sowie in Charkiw und Dnipropetrowsk. Aber genau in diesen Regionen wird die Partei der Regionen die meisten Stimmen holen.

Regionale Präferenzen (in % der Stimmen)

Umfragewerte ermittelt vom Fonds „Demokratische Initiativen“ im Februar/März 2006

Partei/Wahlbündnis	Westen	Zentrum/ Norden	Osten	Donbass	Süden
Partei der Regionen	3,4	12,5	43,8	82,6	38,3
Nascha Ukraina	36,6	21,0	7,5	1,9	8,7
Block Timoschenko	20,1	29,7	8,1	1,1	10,6

Während der Osten, vor allem der Donbass, nach wie vor geschlossen hinter Janukowytsch steht (82,6% der Stimmen), ist die pro-europäische Wählerschaft im Westen gespalten: Dort stimmen nur rund 36% für Nascha Ukraina und 20% für den Block Julia Timoschenko.

Doch nicht nur aus wirtschaftspolitischer, auch aus innen- und sozialpolitischer Sicht gibt es durchaus Gemeinsamkeiten zwischen Nascha Ukraina und der Partei der Regionen. So fordern beide Seiten die Schaffung einer Berufsarmee, eine grundlegende Justizreform sowie die Förderung des sozialen Wohnungsbaus.

Außenpolitische Meinungsverschiedenheiten (wie sie beispielsweise zwischen Nascha Ukraina und der Partei der Regionen bestehen) werden bei der zukünftigen Koalitionsbildung nur

von zweitrangiger Bedeutung sein und die Bildung einer „Antipodenregierung“ aller Voraussicht nach nicht verhindern. Die Ukraine hat den lang ersehnten Status einer Marktwirtschaft erhalten und ist dem Ziel einer WTO-Mitgliedschaft näher gekommen. Obwohl der Traum einer baldigen EU-Mitgliedschaft in den Köpfen vieler ukrainischer Politiker nach wie vor herumgeistert und von führenden Politikern einiger EU-Länder genährt wird, wird sich die Ukraine – realistisch betrachtet – noch auf einen sehr langen Weg gefasst machen müssen. Kreative Lösungen für das Verhältnis EU-Ukraine für die kommenden Jahre sind gefragt, nicht eine monotone Dauerberieselung mit altbekannten Forderungen an die EU. Auch das Ziel einer NATO-Mitgliedschaft bereits 2008 scheint trotz aller Bemühungen der ukrainischen Regierung nicht nur wegen der innenpolitischen Ablehnung kaum realisierbar.

Blau-Orange als vereinigender Faktor?

Ein orange-blaues Tandem könnte sich durchaus positiv auf die Bildung einer einheitlichen nationalen Identität der Ukrainer auswirken. Das heute noch in einen orangenen, pro-europäischen Westen und einen blauen, pro-russischen Südosten gesplante Land könnte sich bei einer vernünftigen, die Interessen des Westens und Ostens berücksichtigenden Regionalpolitik durch das blau-orangene Experiment zusammengeführt werden.

Zu einem durchaus wichtigen innenpolitischen Thema des Wahlkampfes ist die Dezentralisierung des Staates geworden – und damit der Status der Regionen. Am weitesten wagt sich auf diesem Gebiet die Partei der Regionen vor, die die Ukraine von einem Zentral- in einen Föderalstaat verwandeln will. Sie stößt mit ihrer Forderung auf wenig Gegenliebe, denn allen übrigen Parteien und Bündnissen geht diese Vision zu weit. Die Frage der Regionalpolitik ist deshalb von großer Bedeutung für die Partei der Regionen, weil der stark industrialisierte Osten der Ukraine der Meinung ist, mit seinem Geld zwar den Rest des Landes finanziell über Wasser zu halten, andererseits aber nach der orangenen Revolution nicht mehr angemessen in Kiew vertreten zu sein. Diese These und die damit verbundene Forderung der Partei der Regionen stoßen erwartungsgemäß auf den erbitterten Widerstand der westukrainischen Oblaste. Für Juschtschenko selbst ist der Begriff „Föderalismus“ ein rotes Tuch. Föderalismus ist seiner Meinung nach, die vor allem von Westukrainern geteilt wird, gleichbedeutend mit Separatismus. Für die Verfechter der föderalistischen Idee dagegen bedeutet der Begriff eine Art von Wirtschafts- und Finanzautonomie durch die Hintertür. Die Vorstellungen über die zukünftigen Rechte und Befugnisse der staatlichen Vertikale zwischen Nascha Ukraina und der Partei der Regionen erscheinen auf den ersten Blick unvereinbar. Doch da sich beide Seiten der Notwendigkeit der Reform staatlicher Strukturen bewusst sind, ist ein Kompromiss zwar schwierig, aber nicht aussichtslos. Auch in diesem sensiblen Politikbereich gilt: es führt kaum ein Weg an der Partei der Regionen vorbei.

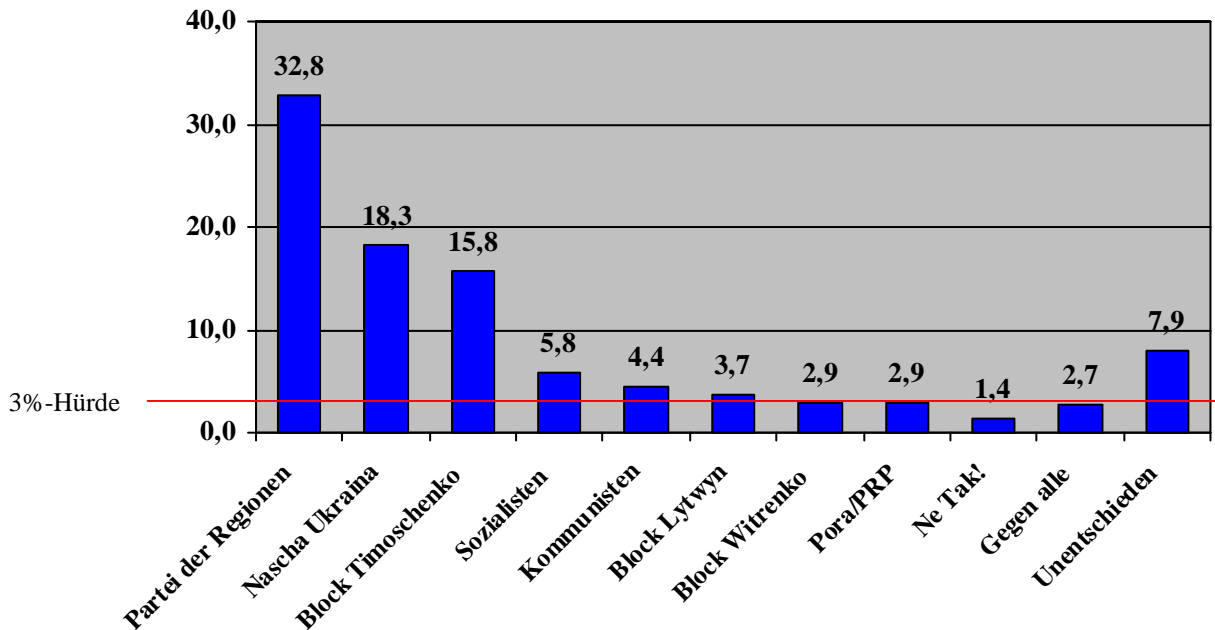
Ausblick

Dass die Partei der Regionen aller Voraussicht nach stärkste Kraft im Parlament sein wird, bezweifelt inzwischen niemand mehr. Nascha Ukraina und BJUT streiten sich um den zweiten Platz, wobei Nascha Ukraina die besten Chancen eingeräumt werden. Ob es zu einer Neuaufgabe des orangenen Lagers kommt, wird unter anderem auch davon abhängen, ob es die möglichen Koalitionspartner Pora/PRP, der Block Kostenko/Pljuschtsch und der Block Lytwyn ins Parlament schaffen oder ob sie knapp scheitern und die Stimmen dem orangenen Lager verloren gehen. Für das Dreiergespann Jechanurow-Timoschenko-Moros könnte es ohne die Unterstützung durch weitere kleine Parteien knapp werden. Eine orange-blaue Koalition ist zwar weit von dem entfernt, wofür die orangenen Revolutionäre im Spätherbst 2004 auf

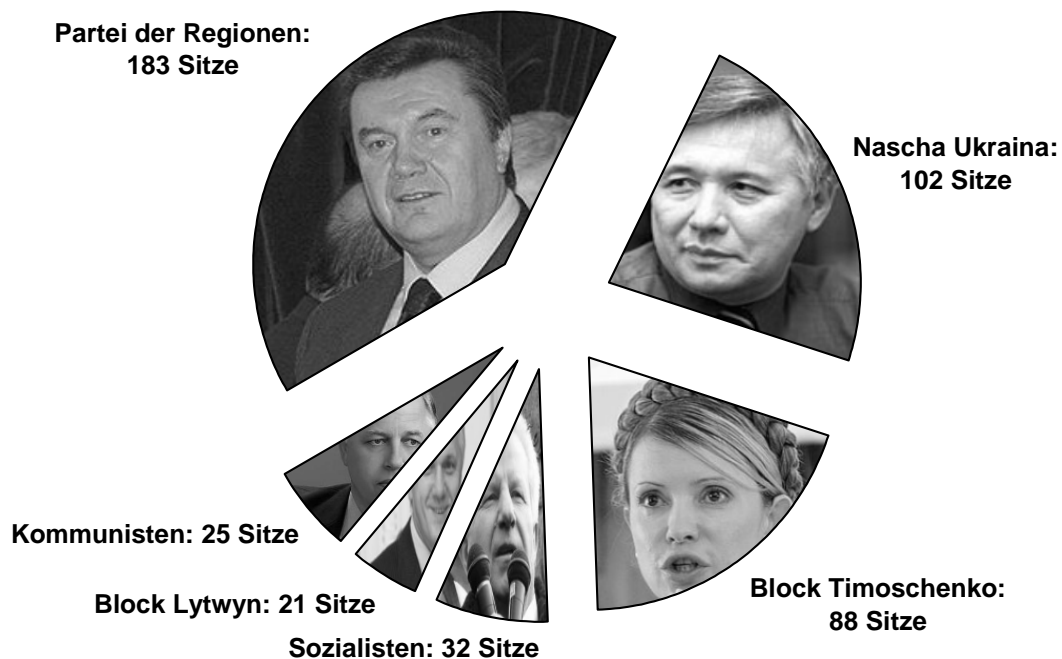
dem Majdan in klirrender Kälte gekämpft haben, sie wäre aber aus den oben genannten Gründen kein Anlass zur Resignation. Für beide Seiten wäre eine Koalition eine gefährliche Gradwanderung. Die Reformpolitiker haben ihre Chance gehabt, sie aber nicht genutzt. Es ist eine Ironie der Geschichte, dass ausgerechnet die Protagonisten der Revolution, Juschtschenko und Timoschenko, jeder auf seine Weise dazu beitrugen, das Schiff Ukraine gleich nach dem Auslaufen auf eine Sandbank zu setzen. Aber auch der Westen trägt eine gewisse Mitschuld an der derzeitigen Misere, wenn man überhaupt von Schuld sprechen kann: die revolutionäre Volksfeststimmung vor Augen, hat er das Land und insbesondere den Präsidenten mit Hoffnungen und Erwartungen überfrachtet. Das Sprichwort „gut’ Ding will Weile haben“ trifft mit Sicherheit auf die Ukraine zu. Die Ukraine ist eben nicht Polen oder Ungarn. Bei der Bewertung dieses Landes gelten aufgrund seiner Geschichte andere Maßstäbe.

Es ist also noch alles offen in Kiew. Nur eines scheint festzustehen: Die Ukraine wird am 26. März die demokratischsten Wahlen aller Zeiten erleben. Der Wahlkampf war bislang von weitgehender Fairness gekennzeichnet, alle Parteien hatten einen mehr oder weniger gleichmäßigen Zugang zu den Medien, und niemand rechnet mit ernsthaften Wahlfälschungsversuchen. Die Demokratie hat in der Ukraine Fuß gefasst. Die Wahlen in zwei Wochen werden dafür einen eindrucksvollen Beweis liefern. Wer hätte das vor 16 Monaten für möglich gehalten?

Graphik 1: Durchschnittswerte dreier März-Umfragen (Fonds „Demokratische Initiativen“/ „Ukrainian Sociology Service“ vom 26.02.-06.03.2006 [2009 Befragte], „Socis“ vom 01.-05.03.2006 [1200 Befragte]), „Ukrainian Sociology Studies Institute“/„Social Monitoring Centre“ vom 02.-07.03.2006 [1965 Befragte]) / Parlamentswahlen am 26.03.2006 / Angaben in %



Graphik 2: Mögliche künftige Sitzverteilung in der Werchowna Rada gemäß März-Umfragen (siehe Graphik 1); Gesamtzahl der Sitze: 450, Regierungsmehrheit: 226 Sitze.



Programme der ukrainischen Parteien und Wahlbündnisse / Parlamentswahlkampf 2006:

Name	Wirtschafts- und Energiepolitik	Außenpolitik	Innenpolitik	Sozialpolitik	Kultur- und Umweltpolitik	Wissenswertes	Kandidaten
Partei der Regionen	<ul style="list-style-type: none"> - Investitionen und Innovationen für eine nachhaltige Entwicklung des Landes; - Steuersenkungen; - Verdoppelung der staatlichen Investitionen im Landwirtschafts- und Industriesektor innerhalb von drei Jahren; - Rückkehr zu einem jährlichen BIP-Wachstums von 12%; - Wiedereinrichtung von Sonderwirtschaftszonen. 	<ul style="list-style-type: none"> - Normalisierung der Beziehungen zu Russland; - blockfreier Status; - Vollendung des Einheitlichen Wirtschaftsraums mit Belarus, Russland und Kasachstan; - Durchführung eines Referendums zum NATO-Beitritt. 	<ul style="list-style-type: none"> - Verwaltungsreform: Föderalisierung der Ukraine; - Schaffung einer Berufsarmee, ausgerüstet durch ukrainische Waffenindustrie; - Justizreform. 	<ul style="list-style-type: none"> - Freiheit zur Eigeninitiative für alle Unternehmer; - Überwindung der finanziellen Schwierigkeiten bei der Zahlung staatlicher Löhne innerhalb von zwei Jahren; - günstige Baukredite für junge Menschen. 	<ul style="list-style-type: none"> - Russisch als zweite Amtssprache – „Zwei Sprachen – eine Nation!“ 	<ul style="list-style-type: none"> - verspricht zurückzutreten, falls die Wahlversprechen nicht erfüllt werden; - Meinungsumfragen per SMS. 	<ul style="list-style-type: none"> - Viktor Janukowytsch (Kandidat für den Premierministerposten) - Ombudsfrau: Nina Karpatschewa
Block Nascha Ukraina	<ul style="list-style-type: none"> - Vereinfachung des Steuersystems; - innovative Produktion; - energiepolitische Unabhängigkeit; - Steigerung der Produktivität ukrainischer Firmen um das 2,5-fache innerhalb von fünf Jahren; - Lohnsteigerungen um das 2,5-fache innerhalb von zwei Jahren. 	<ul style="list-style-type: none"> - Mitgliedschaft in der EU; - WTO-Beitritt bis 2006; - angestrebter NATO-Beitritt 2008. 	<ul style="list-style-type: none"> - Abschaffung der Abgeordneten-Immunität; - Staatsbeamte sollen nicht nur ihre Einnahmen offen legen, sondern auch ihre Ausgaben; - Übergang zur Wahl der Richter - Berufsarmee bis 2010. 	<ul style="list-style-type: none"> - Schaffung von 5 Mio. neuen Arbeitsplätzen; - Stipendien für Studienaufenthalte im Ausland; - Ausbildungskredite; - Fonds für sozialen Wohnungsbau; - Rechtshilfe. 	<ul style="list-style-type: none"> - Schutz der nationalen Kulturlandschaft 		<ul style="list-style-type: none"> - Jurij Jechanurow (Kandidat für den Premierministerposten) - Journalistin Olga Gerasymjuk - Sängerin Ruslana
Block Julia Timoschenko	<ul style="list-style-type: none"> - Annullierung des Gasabkommens mit Russland - Reprivatisierung; - Abschaffung der Mehrwertsteuer; - Kredite für die Wirtschaft mit Jahreszinsen unter 5%; - Einsparung von Energie und Umstellung der Heizkraftwerke von Erdgas auf Kohle; Produktion eigener Atom-Brennstäbe. 	<ul style="list-style-type: none"> - Der Weg der Ukraine führt in die Europäische Union; - freundschaftliche Beziehungen zu allen, unter anderem auch zu Russland. 	<ul style="list-style-type: none"> - Neuordnung der Beziehungen zwischen nationalen und regionalen Machtorganen; - Finanzen verbleiben in den lokalen Haushalten; - der Staatsanwalt wird von der Opposition bestimmt; - Richter werden von den Kommunen eingesetzt. 	<ul style="list-style-type: none"> - kostenlose Bildung für Arme; - 423 Grywna Monatsstipendien für Studenten (ca. 70 Euro), 1.500 Grywna monatliche Invalidenrente (ca. 250 Euro); - mildere Strafmaße. 	<ul style="list-style-type: none"> - Kampf gegen Gewalt und Amoral; - über die Macht der Medien sollten „nicht die Staatsorgane oder politisiertes Kapital verfügen, sondern die Nation eines Idealstaates zu konstruieren.“ 	<ul style="list-style-type: none"> - Schwerpunkt auf Solidarität; - Internet-Technologie, mit deren Hilfe man verspricht, gemeinsam die Macht und die Nation eines Idealstaates zu konstruieren. 	<ul style="list-style-type: none"> - Julia Timoschenko (Kandidatin für den Premierministerposten) - Journalist Andrej Schewtschenko
Sozialisten	<ul style="list-style-type: none"> - Förderung nationaler Produkte; - strategisch wichtige Unternehmen müssen in Staatshand bleiben; - feste Grundsteuer für Kleinunternehmer; - Subventionen für den Agrarsektor und die Kohleindustrie. 	<ul style="list-style-type: none"> - Durchführung eines Referendums zum NATO-Beitritt; - gute Beziehungen zu allen Nachbarn, auch zu Russland. 	<ul style="list-style-type: none"> - Parlamentarismus; - Abwendung von liberaler / Hinwendung zu sozialer Politik; - die regionalen Verwaltungen erhalten einen eigenständigen Haushalt; - Abschaffung der Immunität für Abgeordnete von Regionalparlamenten. 	<ul style="list-style-type: none"> - kostenloses Studium; - Kontrolle kostenpflichtiger Bildungseinrichtungen; - jährlicher Anstieg der Reallöhne um 10%; - Rückzahlung von Ersparnissen durch einen Sonderfonds; 	<ul style="list-style-type: none"> - Jeder soll frei in seiner Muttersprache sprechen dürfen; - Umweltschutz, sauberes Wasser und saubere Luft. 	<ul style="list-style-type: none"> - Das Wahlprogramm heißt „Wir bauen Europa in der Ukraine“ 	<ul style="list-style-type: none"> - Aleksandr Moros (Kandidat für den Premierministerposten) - Andrej Derkatsch
Kommunisten	<ul style="list-style-type: none"> - Abschaffung der Mehrwertsteuer; - Förderung der ländlichen Entwicklung; - Pächter sollen den Eigentümern landwirtschaftlicher Nutzfläche ein Fünftel ihrer Ernteerträge abgeben; - Staatsquoten für landwirtschaftl. Produktion mit 50%-iger Vorauszahlung; - Verstaatlichung von Unternehmen; - der Binnenmarkt ist ein Monopol des Staates. 	<ul style="list-style-type: none"> - Festigung der freundschaftlichen Beziehungen zu Russland, Belarus und anderen GUS-Staaten; - aktive Teilnahme am Einheitlichen Wirtschaftsraum; - kein NATO-Beitritt. 	<ul style="list-style-type: none"> - Parlamentarismus 	<ul style="list-style-type: none"> - Einführung eines Ermäßigungssystems für all jene, die Ansprüche auf Ermäßigungen haben; - Moratorium auf Preissteigerungen von lebensnotwendigen Produkten; - Anhebung der Löhne und der Stipendien; - kostenlose medizinische Versorgung. 	<ul style="list-style-type: none"> - 3% des BIP für den Bildungssektor; - Russisch als zweite Amtssprache; - Glaubensfreiheit, aber „die Zerstörung der kanonisierten Orthodoxie wird nicht zugelassen“. 		<ul style="list-style-type: none"> - Petro Simonenko (Kandidat für den Premierministerposten) - Krim-Politiker Leonid Gratsch
Block Lytwyn	<ul style="list-style-type: none"> - 60% des Steueraufkommens bleibt in den Kommunen, 40% gehen an die Zentrale in Kiew; - Abschaffung der Mehrwertsteuer; - jährliches Wirtschaftswachstum von 10%; - 10% des Staatshaushaltes werden in die ländliche Entwicklung investiert; - Angleichung der Löhne im Agrar- und Industriesektor. 	<ul style="list-style-type: none"> - Die Außenpolitik richtet sich nach eigenen nationalen Interessen; - Sonder-Beziehungen zu Russland; - Festigung der slawischen Solidarität. 	<ul style="list-style-type: none"> - Dezentralisierung der Macht bei gleichzeitiger Beibehaltung eines Einheitsstaates; - Auflösung der Staatsverwaltung; - Trennung von Staat und Wirtschaft; - Justizreform. 	<ul style="list-style-type: none"> - Anhebung der Renten auf 80% der Löhne; - feste Preise auf lebensnotwendige Produkte; - Festsetzung eines Mindest-Stundenlohns, nicht weniger als 10 Grywna pro Stunde (ca. 1,60 Euro); - vergünstigte Bildung für Armeangehörige und Bauern. 	<ul style="list-style-type: none"> - Die Sicherheitszone um Tschernobyl darf nicht als Mülldeponie verwendet werden; - Schaffung der Voraussetzungen für einen Dialog der Konfessionen. 	<ul style="list-style-type: none"> - Wahlprogramm heißt „Volkstümlichkeit, Gerechtigkeit, Gesetzlichkeit“. 	<ul style="list-style-type: none"> - Sängerin Sofija Rotaru - Richter Vasilij Maljarenko
Block Potar/PRP	<ul style="list-style-type: none"> - Vertretung der Interessen ukrainischer Unternehmer auf internationalen Märkten; - Einführung einer einheitlichen Sozialsteuer; - Durchführung einer einmaligen Finanzamnestie und Kapitallegalisierung. 	<ul style="list-style-type: none"> - Liberalisierung des Visa-Regimes mit der EU; - Vereinfachung der Grenzkontrollen an den Grenzen zu GUS-Ländern; - Kampf gegen den internationalen Terrorismus. 	<ul style="list-style-type: none"> - Kampf gegen die Korruption; - nur wenn die lokalen Machtorgane ein Problem nicht lösen können, wird die Entscheidung auf höherer Ebene gefällt; - Einführung eines öffentlichen Registers von Gerichtsentscheidungen; - eine Anlaufstelle für alle administrativen Fragen. 		<ul style="list-style-type: none"> - Die Besteuerung von Unternehmen sollte davon abhängen, wie stark die Unternehmen die Umwelt verschmutzen. 	<ul style="list-style-type: none"> - Motto: „Es ist Zeit zu bauen, zu handeln, zu leben!“; - verspricht, „Rock'n roll im Hühnerstall“ zu veranstalten und „die Politiker dazu zu zwingen, die Spielregeln einzuhalten“. 	<ul style="list-style-type: none"> - Boxer Vitalij Klitschko - Vladislav Kaskiv - Herausgeber Iwan Malkowytsch